

REPORT BERLIN

Bericht aus dem Bundestag von Carsten Müller, MdB

02/2019



Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freunde,

die deutsche Wirtschaft bleibt auch 2019 auf Wachstumskurs – das zehnte Jahr in Folge. So prognostiziert es die Bundesregierung in ihrem **Jahreswirtschaftsbericht**, den Minister Peter Altmaier am Mittwoch im Wirtschaftsausschuss vorgestellt hat. Das Bruttoinlandsprodukt soll um ein Prozent wachsen, zudem befindet sich der Arbeitsmarkt in einer stabilen Verfassung: Die Arbeitslosenquote wird im Jahr 2019 voraussichtlich auf 4,9 Prozent sinken, die Zahl der Beschäftigten wird weiter auf 45,2 Millionen steigen. In der Folge nehmen auch die privaten Einkommen erneut spürbar zu: Die Nettolöhne und -gehälter der Arbeitnehmer steigen im Jahr 2019 um 4,8 Prozent, wozu auch die Entlastungen bei Steuern und Abgaben beitragen. Angesichts steigender Löhne und Beschäftigung sowie der Investitionen der Unternehmen bleibt die Binnenwirtschaft eine wichtige Stütze der Konjunktur. Erfreulich ist auch, dass sich die öffentlichen Finanzen stabil entwickeln. Deutlich gesagt werden muss aber auch: Wir spüren Gegenwind! Das hat vor allem außenwirtschaftliche Gründe: Brexit, Handelskonflikte, internationales steuerpolitisches Umfeld. Umso wichtiger ist es, dass wir jetzt die Rahmenbedingungen für Erfolg und Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes verbessern und uns noch besser aufstellen. Möglichkeiten für ein künftiges Wirtschaftswachstum sind vor allem im Zusammenhang mit der Digitalisierung und neuen Schlüsseltechnologien (z.B. der künstlichen Intelligenz) sowie in wachstumsfreundlichen, fairen steuerlichen Rahmenbedingungen zu sehen.

In den vergangenen Tagen wurde vielerorts von verschiedenen Akteuren über **Luftschadstoffe, Grenzwerte und Messverfahren** diskutiert – eine scheinbar unendliche Geschichte. Meine Meinung zu diesem sehr facettenreichen Thema habe ich in verschiedenen Reden vor dem Deutschen Bundestag zum Ausdruck gebracht. Meine Positionen können Sie hier noch einmal in der Rubrik „Reden“ auf meiner Internetseite nachlesen: <http://www.carsten-mueller.com/berlin/reden.html>

Positive Signale für die **Norddeutsche Landesbank (Nord/LB)** und damit auch für die Braunschweigische Landessparkasse kamen am Donnerstag vom Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes (DSGV): Die Sparkassen wollen sich an der Rettung der Nord/LB beteiligen. Damit ermöglichen sie eine Weiterführung der Nord/LB und der Braunschweigischen Landessparkasse in einem öffentlich-rechtlichen Rahmen. Das ist ein wichtiges Zeichen für die Beschäftigten und eröffnet die Möglichkeit für noch mehr kommunale Verantwortung und eine direktere Verwurzelung der Braunschweigischen Landessparkasse in der Region Braunschweig. Aus meiner Sicht besonders wichtig beim einstimmig gefällten Beschluss des DSGV ist, dass zu gegebener Zeit eine Separierung der Braunschweigischen Landessparkasse ausdrücklich vorgesehen ist. Die Entwicklung hin zu einer verselbständigten Sparkasse ist eine Forderung, die ich bereits bei der Gründung der Landessparkasse vor über zehn Jahren aufgestellt hatte. Ich gehe davon aus, dass nach Bewältigung der aktuellen Herausforderung bei der Nord/LB die weitere Verselbständigung der Braunschweigischen Landessparkasse innerhalb der nächsten zwei bis drei Jahre angegangen wird. Diesen Zeitraum sollten die kommunalen Gebietskörperschaften im Braunschweiger Land dazu nutzen, um eine solche Einbindung vorzubereiten. Die Entwicklung des gestrigen Tages ist auch eine gute Nachricht für die Öffentliche Versicherung Braunschweig. Neben der BLSK hat auch die Öffentliche Versicherung eine sehr hohe wirtschaftliche Bedeutung und eine enorme Identifikationskraft für das Braunschweiger Land.

Mit freundlichen Grüßen

Berlin, 1. Februar 2019

HighTech-Strategie 2025

Die High-Tech-Strategie bestimmt die Ausrichtung der deutschen Forschungs- und Innovationspolitik. Mit der erneuerten High-Tech-Strategie greift die Bundesregierung die Schwerpunkte Gesundheit und Pflege, Nachhaltigkeit, Klimaschutz und Energie, Mobilität, Stadt und Land, Sicherheit sowie Wirtschaft und Arbeit 4.0 als wichtige Zukunftsfragen auf. Im Rahmen dieser Ausrichtung sind Investitionen in die Aus- und Weiterbildung sowie in die Innovationsförderung vorgesehen. Sie soll auf diese Weise dazu beitragen, die Menschen auf die Veränderungen durch den technologischen Wandel vorzubereiten. Allein im Jahre 2018 hat die Bundesregierung über die High-Tech-Strategie 15 Milliarden Euro in Forschung und Entwicklung investiert. Die High-Tech-Strategie ist ein wichtiger Beitrag, damit deutsche Produkte und Dienstleistungen auch zukünftig zur Weltspitze gehören.

Schnellerer Energieleitungsausbau

Durch einen Gesetzentwurf zum schnelleren Neubau und zur schnelleren Verstärkung von Stromleitungen soll ein vorzeitiger Baubeginn bei zu erwartender positiver Genehmigungsentscheidung erfolgen können. Verfahrensschritte sollen in diesem Sinne auch parallel erfolgen können. Entschädigungszahlungen der Eigentümer von land- und forstwirtschaftlichen Grundstücken werden bei Mehrkosten von 108 Millionen Euro vereinheitlicht. Mit dem Gesetzentwurf verbunden ist eine Ermächtigungsgrundlage für den Erlass einer Rechtsverordnung zur Kompensation naturschutzrechtlicher Eingriffe. Schließlich enthält der Entwurf Regelungen zur Einbindung von Erneuerbaren- und Kraft-Wärme-kopplungs-Anlagen in Fällen, in denen der Kraftwerkseinsatz auf Intervention des Netzbetreibers kurzfristig notwendig wird, womit eine Stabilisierung der Stromnetze erreicht werden kann.

Brexit-Gesetz

Mit dem Austritt des Vereinigten Königreichs aus der EU entfallen auch die EU-weiten Regelungen zur Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit nach den einschlägigen EU-Verordnungen. Das betrifft unter anderem Leistungen bei Krankheit und Pflegebedürftigkeit, Mutterschaft und Vaterschaft, aber auch Familien- und Rentenleistungen oder Leistungen bei Arbeitsunfällen und Berufskrankheiten. Damit im Falle eines unregelmäßigen Brexits für Deutsche im Vereinigten Königreich und Briten in Deutschland Rechtssicherheit besteht, wurde ein entsprechendes Gesetz in erster Lesung beraten.

Weitere Informationen zur Woche im Deutschen Bundestag finden Sie auch hier:

www.cducsu.de
www.bundestag.de

83 Millionen Einwohner in Deutschland

Ende 2018 haben in Deutschland nach einer Schätzung des Statistischen Bundesamtes rund 83,0 Millionen Menschen gelebt. Am Jahresende 2017 waren es 82,8 Millionen Menschen gewesen. Die Einwohnerzahl Deutschlands wäre demnach trotz eines Geburtendefizits aufgrund der Wanderungsgewinne erneut gestiegen und hätte zum Jahresende 2018 einen neuen Höchststand seit der deutschen Vereinigung erreicht. Die Anzahl lebend geborener Kinder dürfte 2018 gegenüber dem Vorjahr moderat und die Anzahl der Sterbefälle spürbar zugenommen haben. Für 2018 wird der Schätzung nach mit 785.000 bis 805.000 Geborenen und 950.000 bis 970.000 Sterbefällen zu rechnen sein. Das sich daraus ergebende Geburtendefizit – Differenz aus Geburten und Sterbefällen – würde etwa 150.000 bis 180.000 betragen. Der Saldo aus Zuzügen nach und Fortzügen aus Deutschland wird für 2018 zwischen +340.000 und +380.000 Personen geschätzt. Der Wanderungssaldo würde damit nach der extrem starken Nettozuwanderung des Jahres 2015 das dritte Jahr in Folge abnehmen und etwa auf das Niveau des Jahres 2012 sinken. Im Jahr 2017 waren 416 000 Personen mehr nach Deutschland zugezogen als aus Deutschland fortzogen. (Quelle: Statistisches Bundesamt)

Mehr Fluggäste ins Ausland

Während des Sommerflugplans von April bis Oktober 2018 reisten 66,2 Millionen Fluggäste von Deutschland ins Ausland. Wie das Statistische Bundesamt mitteilte, waren das gut 2,7 Millionen oder 4,3 Prozent Passagiere mehr als im Sommerflugplan 2017. Der innerdeutsche Flugverkehr nahm dagegen um 2,3 Prozent ab. Die Zahl der eingestiegenen Fluggäste im gesamten Luftverkehr für den Sommer 2018 wuchs damit um 3,0 Prozent auf 80,5 Millionen. Im Sommer 2017 waren es noch 78,1 Millionen Passagiere gewesen. (Quelle: Statistisches Bundesamt)

Ski-Importe nach Deutschland

Für den Wintersport wurden im Jahr 2017 insgesamt 420.000 Paar Alpin-Ski im Wert von 49,3 Millionen Euro nach Deutschland importiert. Wie das Statistische Bundesamt mitteilt, waren die wichtigsten Lieferländer China (133.000 Paar), Österreich (121.000 Paar) und Bulgarien (63.000 Paar). Exportiert wurden im Jahr 2017 insgesamt 476.000 Paar Alpin-Ski im Wert von 63,2 Millionen Euro. Größte Abnehmer waren Österreich (134.000 Paar) und Frankreich (72.000 Paar). (Quelle: Statistisches Bundesamt)